

Handelskonflikt erhöht Druck auf Chinas Finanzsektor 15.08.2018

Stützung der Währung könnte Devisenreserven stark angreifen / Von Roland Rohde

Hongkong (GTAI) - Die Abwertung des Renminbi Yuan und die Talfahrt der Börsen setzt Beijing unter Zugzwang. Die Banken sollen dem Mittelstand mehr Geld leihen. Dadurch steigt aber die Verschuldung.

Der sich zuspitzende Handelskonflikt zwischen den USA und China verunsichert zunehmend die chinesischen Finanzmärkte und lässt die Risiken im einheimischen Banken- und Unternehmenssektor steigen. Eine Meldung von Anfang August 2018 zeigt das Ausmaß der aktuellen Entwicklung: Erstmals seit vier Jahren lag laut der South China Morning Post die Marktkapitalisierung der an chinesischen Behörden gehandelten Firmen mit rund 6,1 Billionen US-Dollar (US\$) unterhalb des Niveaus in Japan (6,2 Billionen US\$).

Heftige Kursverluste an den chinesischen Börsen

Nicht nur die Börsen in Shanghai oder Shenzhen mussten seit Jahresbeginn 2018 heftige Verluste hinnehmen. Auch der Renminbi Yuan wertete spürbar gegenüber dem US-Dollar ab. Finanzmarktexperten erwarten, dass der gegenwärtige Abwärtstrend ohne Stützungsmaßnahmen von Seiten der chinesischen Regierung anhalten dürfte.

Beide Entwicklungen belasten die chinesische Wirtschaft. Die Bevölkerung, die traditionell gerne mit Aktien spekuliert, ist auf dem Papier ärmer geworden. Das könnte wiederum den Privatkonsum dämpfen. Die Unternehmen haben Schwierigkeiten, ihre in US-Dollar laufenden Kredite zu bedienen beziehungsweise auf den ausländischen Märkten an frisches Geld zu kommen.

Laxere Kreditvergaben könnten Verschuldungsproblem verschärfen

Hinzu kommt, dass die Regierung bislang versucht hatte, die zunehmende Verschuldung der einheimischen Firmen mit einer strikteren Kreditpolitik in den Griff zu bekommen. In dieser Hinsicht scheint Beijing nun zurückzurudern. Die Banken wurden angewiesen, Mittelständlern mehr Geld zu leihen. Damit wird aber das Verschuldungsproblem des Unternehmenssektors tendenziell noch zunehmen.

Zusätzlich kann die Abwertung des Renminbi Yuan zu einer Kapitalflucht führen. Außerdem macht sie die Produktion teurer, da viele Vorwaren und Anlagegüter eingeführt werden müssen. Die Regierung reagierte prompt: Sie führte Anfang August für Währungsgeschäfte - betroffen sind nur inländische Finanzinstitutionen - eine Mindestreserverate von 20 Prozent ein. Das verteuert die Transaktionskosten. Ob dies ausreicht, um den Renminbi Yuan zu stabilisieren, bleibt abzuwarten.

Die Zentralregierung in Beijing könnte zusätzlich ausländische Devisenreserven verkaufen. Immerhin verfügte das Land Mitte 2018 nach Angaben des Staatlichen Devisenamts SAFE (State Administration of Foreign Exchange) über entsprechende Rücklagen in Höhe von 3,1 Billionen US\$. Doch die können rasch dahinschmelzen. Beijing hatte zwischen 2015 und 2017 fast 1 Billionen US\$ "verbrannt", um die eigene Währung zu stützen.

Doch weiterer Druck aus Washington könnte neue Interventionen erforderlich machen. Die bisherige Abwertung, so die Meinung von Präsident Trump, sei eine Reaktion der Chinesen, um die amerikanischen Zölle zu neu-

HANDELSKONFLIKT ERHÖHT DRUCK AUF CHINAS FINANZSEKTOR

tralisieren. Diese Behauptung ist zwar unter Finanzanalysten umstritten. Viele sehen bei der Schwäche des Renminbi Yuan eher Marktkräfte am Werk. Doch setzt sie Beijing zusätzlich unter Zugzwang.

Kontaktadressen

Bezeichnung	Internetadresse	Anmerkung
State Administration of Foreign Exchange	http://www.safe.gov.cn/wps/portal/english/Home ▶ (Startseite); http://www.safe.gov.cn/wps/portal/english/Data ▶ (Daten zu Währungsreserven)	Behörde zur Verwaltung der Währungs-reserven

Weitere Informationen zu Wirtschaftslage, Branchen, Geschäftspraxis, Recht, Zoll, Ausschreibungen und Entwicklungsprojekten in China können Sie unter <http://www.gtai.de/china> ▶ abrufen. Die Seite <http://www.gtai.de/asien-pazifik> ▶ bietet einen Überblick zu verschiedenen Themen in Asien-Pazifik.



Christina Otte | © GTAI/
Rheinfoto

KONTAKT

Christina Otte

☎ +49 (0)228 24 993-323

✉ [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.